



Medienimpulse  
ISSN 2307-3187  
Jg. 60, Nr. 4, 2022  
doi: 10.21243/mi-04-22-12  
Lizenz: CC-BY-NC-ND-3.0-AT

## Rezension: Politische Körper. Von Sorge und Solidarität von Jule Govrin

Sonja Gassner

*Die Corona-Pandemie hat den Körper in seiner Verwundbarkeit in den Mittelpunkt des politischen Diskurses gestellt. Dass Körper aber weder alle gleich noch autonom sind, analysiert die Philosoph:in Jule Govrin in ihrem Essay Politische Körper, den Sonja Gassner für die MEDIENIMPULSE rezensiert hat.*

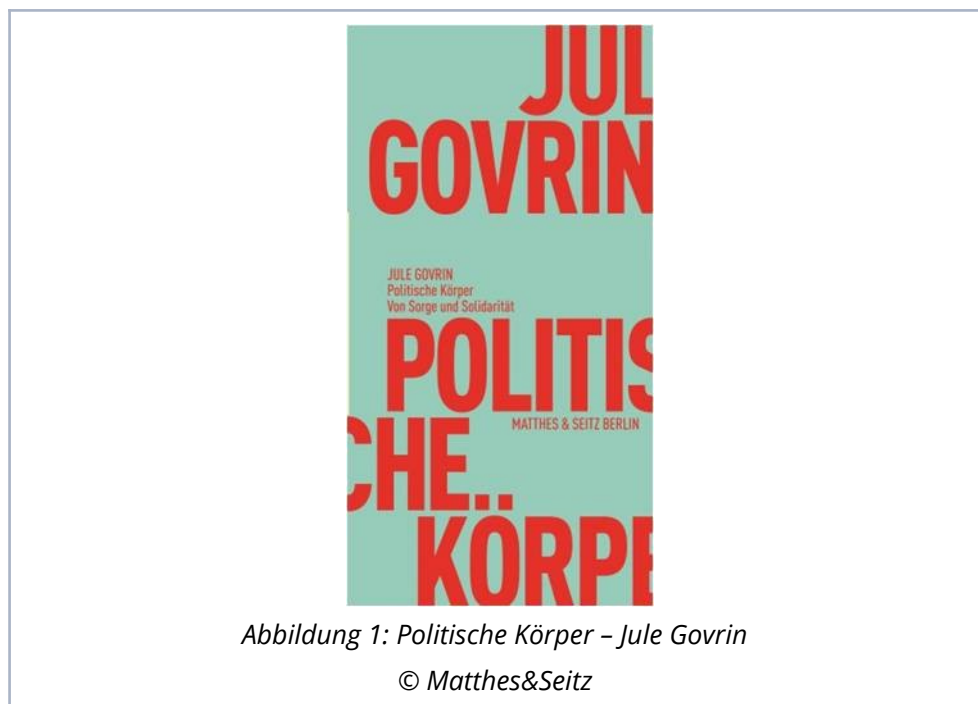
*The COVID-19 pandemic has placed the body in its vulnerability at the center of political discourse. That bodies are neither all equal nor autonomous, however, is analyzed by philosopher Jule Govrin in her essay Political Bodies, which Sonja Gassner reviewed for MEDIENIMPULSE.*

Verlag: Matthes & Seitz

Erscheinungsort: Berlin

Erscheinungsjahr: 2022

ISBN 978-3-7518-0545-2



Kaum ein anderes Phänomen hat das politische Geschehen der letzten Jahre so umfassend geprägt wie die Corona-Pandemie. Dabei haben sich auch das Vokabular und die Bilder des populären politischen Diskurses verändert: Bis dato als selbstverständlich und apolitisch vorausgesetzt, rückten plötzlich Fragen der Gesundheit und Verfasstheit von Individual- und Gesellschaftskörpern in den Fokus. Insbesondere der Begriff der Vulnerabilität ist seit Ausbruch der Pandemie nicht mehr aus den politischen Debatten wegzudenken.

Rund um den Begriff der Vulnerabilität oder Verwundbarkeit dreht sich auch das Körperdenken, das Jule Govrin in ihrem 2022 publizierten Essay *Politische Körper. Von Sorge und Solidarität* entwickelt. In Abgrenzung zu den „Verwundbarkeitsdiskursen der Politik“ will die Philosoph:in Vulnerabilität jedoch nicht auf bestimmte Gruppen beschränken oder als Beschreibung eines defizitären und daher zu überwindenden Zustandes verstehen. Im Gegenteil plädiert Govrin dafür, Verwundbarkeit als Einsatzpunkt zu betrachten, „um eine Gleichheit zwischen Körpern zu denken“. In Anlehnung an feministische Philosophien, insbesondere jener Judith Butlers, nimmt sie deshalb eine entscheidende Differenzierung vor: zwischen „einer *ontologischen Verwundbarkeit*, die eine Grundbedingung des Daseins bildet, und einer strukturellen Verwundbarmachung, die politisch bedingt und geschichtlich gemacht wird“. Damit geht die Idee einer grundlegenden Verbundenheit von Körpern einher: Insofern alle Menschen als körperliche Wesen von Geburt an abhängig sind von materieller und emotionaler Fürsorge sowie der Ansprache anderer, bleiben sie zeitlebens verwundbar. Zwar ist die politische Ideengeschichte geprägt von den Vorstellungen einzelner und autonom über ihren Körper verfügender Individuen. Aufrechterhalten lassen sich die maskulinistischen Idealbilder von selbstgenügsamen, aufgeklärten Bürgern oder eigenverantwortlichen, neoliberalen Entrepreneuren jedoch nur so lange, wie deren Abhängigkeit von bestimmten Umweltbedingungen sowie der Sorgearbeit anderer Körper ausgeblendet und verleugnet wird. Der Arbeit all jener „Körper, die sich im Takt der Fabrik bewegen“, „die sich, auf Plan-

tagen getrieben, zu Tode schufteten“, „die tagein und tagaus den Dreck der anderen bereinigen“, und „die die Körper der anderen umhegen und umsorgen, um deren Arbeitskraft zu sichern“. In ihrer ökonomischen Ausbeutung offenbart sich die strukturelle Verwundbarmachung als eine der „zerstörerischen Seiten der Abhängigkeit“.

Wie die beiden Dimensionen der ontologischen Verwundbarkeit und strukturellen Verwundbarmachung zusammenwirken, analysiert Govrin anhand der Corona-Pandemie. Schien die Anfangsphase der Pandemie noch geprägt zu sein vom Bewusstsein einer geteilten Verwundbarkeit, die, wie Angela Merkel in einer Rede im März 2020 verlautbarte, zur wechselseitigen Sorge und Solidarität anspornen sollte, so vernahm man neben den Solidaritätsbekundungen schon bald andere Rhetoriken. Vulnerable Gruppen wurden als schutzbedürftig identifiziert und mit dem Wiederhochfahren der Wirtschaft und der Aufhebung wichtiger Schutzmaßnahmen zunehmend isoliert. Selbst sozialdarwinistische Logiken ließen nicht lange auf sich warten, so warnte etwa der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer davor, Menschen zu retten, „die in einem halben Jahr sowieso tot wären, aufgrund ihres Alters und ihrer Vorerkrankungen“.

Generell stellte sich heraus: Obgleich prinzipiell alle durch das Virus verwundbar sind, trifft dieses nicht alle Körper gleichermaßen. Nicht nur alte und kranke, sondern auch Menschen, die in sogenannten systemrelevanten Berufen beschäftigt sind, waren einem erhöhtem Ansteckungs- und Todesrisiko ausgesetzt – und

sind es immer noch. Mögen „die pandemiepolitischen Raumaufteilungen [auch] darauf ausgerichtet [sein], Körper zu schützen“, indem sie, wie Govrin anmerkt, „auf alten Raumaufteilungen auf[bauen], verstärken sie bereits bestehende Gefahrenlagen und vertiefen die im Vorfeld vorhandenen Ungleichheiten“. Während sich einige gemütlich ins Homeoffice der eigenen vier Wände zurückziehen konnten, litten insbesondere „Menschen, deren Körper durch klassistische, durch kolonial- und geschlechtergeschichtliche Differenzeinschreibungen ungleich gemacht werden“, unter enorm belastenden Arbeitsbedingungen und prekären, teils von Gewalt geprägten Wohnverhältnissen.

Wie könnte aber eine mögliche Alternative zu profitorientierten, neoliberalen Ökonomien und ungleichen Raumaufteilungen aussehen? Govrin zufolge blitzen unter den herrschenden politischen-ökonomischen Narrativen, welche globale Abhängigkeitsbeziehungen ausblenden und eine Mehrzahl an Körpern systematisch verwundbar machen, Momente eines „Universalismus von Unten“ auf. Im Unterschied zu von oben oktroyierten Universalismen beginnt dieser bei der konkreten Ungleichmachung von Körpern und fragt ausgehend davon nach alternativen Gesellschaftsordnungen, in denen „alle Körper gleichermaßen Schutz und Sorge erfahren sollten“. Als Beispiel solidarischer Bewegungen, in denen sich der „Universalismus von Unten“ verwirklicht, nennt Govrin den feministischen Streik der 2018 in Argentinien entstandenen Protestbewegung *Ni Una Menos*. Die populär-feministische Bewegung verbindet

verschiedene Kämpfe, sie wendet sich gegen die geschlechtliche Arbeitsteilung und Austeritätspolitiken ebenso wie extraktive Ausbeutung der Natur und tritt für ein Recht auf Abtreibung und körperliche Selbstbestimmung ein.

Dabei bedient sie sich Streikpraktiken, die darauf abzielen, unbezahlte Sorgearbeit und globale Interdependenzen sichtbar zu machen sowie alternative Körperpolitiken und Sorgeökonomien im Hier und Jetzt zu verwirklichen. Politische Handlungsfähigkeit wird nicht als Behauptung von Autonomie und Souveränität verstanden, sondern resultiert im Gegenteil aus einer geteilten Verwundbarkeit.

All jenen, die mit aktuellen (queer)feministischen Debatten vertraut sind, werden die Prämissen, auf denen Govrins Überlegungen aufbauen, nicht grundlegend neu erscheinen. Aus (queer)feministisch-philosophischer Perspektive hätte man sich daher an mancher Stelle vielleicht sogar noch etwas mehr Theorie gewünscht. So ist die mögliche „Anerkennbarkeit“ geteilter Verwundbarkeit, um einen Begriff von Judith Butler zu entlehnen, immer auch mit der Frage verbunden, wie sich Wahrnehmungsprozesse und Wissensordnungen diskursiv transformieren lassen. Eine Frage, die Govrin theoretisch nur am Rande behandelt, obgleich sie mit Bezugnahme auf das indigene Konzept des „Körper-Territoriums“ praktisch einen Gegenentwurf zu herkömmlichen Körpervorstellungen aufzeigt. In ihrem praktisch-politischen Zugang sind Govrins Analysen aber bestechend. Bemerkenswert ist nicht nur die Fülle an Beispielen, die sie anführt, um ihre Argu-

mentation zu untermauern. Auch Govrins Plädoyer für eine unbedingte Solidarität erscheint umso wichtiger in Zeiten, in denen pandemiepolitisches Handeln endgültig in den Bereich der Eigenverantwortung verschoben wurde. Dabei drängt nicht nur die Coronakrise, sondern auch der Klimawandel dazu, herkömmliche „Körperordnungen“ zugunsten neuer, solidarischer Beziehungs- und Produktionsweisen zu transformieren.